

# Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

## Unterhaltungs- und Anzeigebblatt

Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen des Gemeinderates zu Ottendorf-Okrilla.

Mit den Beilagen „Neue Illustrierte“, „Mode und Heim“ und „Der Kossid“.

Schriftleitung, Druck und Verlag Hermann Köhler, Ottendorf-Okrilla.



Gemeinde - Ottendorf - Nr. 12

Postcheck-Konto Leipzig Nr. 29148.

Nummer 33

Freitag, den 17. März 1933

32. Jahrgang

### Amtlicher Teil

#### A u f r u f

an alle Einwohner von Ottendorf-Okrilla.

Die nationale Revolution hat endgültig gesiegt. Im Reich, in den Ländern, in den Städten und kleinsten Gemeinden wehen Hakenkreuzfahnen. Ottendorfer, auch an Eurem Rathaus und an Euren Schulen leuchten gegen den herrlichen wolkenblauen Himmel sowohl die Traditionsfahne des alten deutschen Reiches, als auch das Hakenkreuz das Symbol des neuen, jungen Deutschlands.

Die Schmach und Schande von 1918 ist getilgt. Nicht nur vieles, nein alles ist wieder gutzumachen! Die Aufbauarbeit kann und wird, wie im Reiche, so auch in unserer Gemeinde beginnen.

Wir wollen nicht mehr, daß man im Bezirke der Amtshauptmannschaft Dresden von 2 marxistischen Verbrechensstern spricht, von denen das eine Ottendorf-Okrilla sein soll.

Nein, Schluß damit. Es muß von nun an eine besondere Ehre sein, aus Ottendorf-Okrilla zu stammen. Dafür wird nun mit eiserner Energie gekämpft werden. Der 14 jährige Terror der Marxisten ist gebracht. Mit Hege, Lüge und Verleumdung gegen alles, was sich national oder deutsch nennt, ist es nunmehr endgültig vorbei. Gestützt auf die Anordnungen des vom Reiche eingesetzten Reichskommissars Herrn von Killinger, werden wir mit all unserer zu Gebote stehenden Macht, gegen jedes solche Gerücht, gegen jede Lüge und Verleumdung nationalgesinnter Volksgenossen mit härtesten Maßnahmen vorgehen. Wir werden vor allen Dingen jeden Versuch evtl. Terrormaßnahmen früherer politischer Gegner gegen Geschäftsleute und Landwirte unumsichtig verfolgen. Ebenso werden wir selbst durch eine gerechte Behandlung aller berechtigten Anliegen dafür Sorge tragen, daß in unserem Orte Ruhe und Frieden einkehrt, der zum neuen, segensreichen Aufbau unserer Gemeinde so notwendig ist.

Wir fordern alle ehrlichen und deutschgesinnten Volksgenossen auf uns in unserem Vorhaben aufs tatkräftigste zu unterstützen und wir sind der vollen Ueberzeugung, daß es dann gelingen wird zum Wohle unserer Gemeinde, zum Wohle aller unserer Volksgenossen das zu tun, was wir vor Gott und unserem eigenen Gewissen verantworten können.

#### Im Namen der nationalsozialistischen Bewegung

Richter, Bürgermeister.

Quellmalz, Kommissar f. d. Volksgewalt.

#### Bekanntmachung.

Die Amtshauptmannschaft hat den Unterzeichneten im Einvernehmen mit Herrn Bürgermeister Richter als Kommissar für die Volksgewalt bestellt.

Der Sanitätskommissar Beyer übt bis auf weiteres seinen Dienst nicht mehr aus.

Quellmalz, Kommissar für die Volksgewalt.

#### Oertliches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, am 16. März 1933.

Das schöne Fest der Silberhochzeit konnten Herr Glasmacher Bruno Bischoff und Gemahlin am gestrigen Tage begehen. Wir übermitteln noch nachträglichst dem Jubelpaar herzlichste Glückwünsche.

Hinter den Kulissen des neuen Behar-Films „Es war einmal ein Walzer“, Franz Behar's erste Tonfilmoperette, erscheint jetzt in den Schauburg-Vorstellungen. Wochenlang wurde in einem Berliner Atelier an den Innenaufnahmen des von Viktor Janson inszenierten Films gearbeitet. Man sah dort die wirklichkeitsgetreue Nachbildung des „Theater an der Wien“, in dem große Ballet-Aufführungen stattfanden. Andere Szenen wurden in einer Konditorei einem Friseur-Laden und einem Weinlokal gedreht. Eine Kapelle bis zu opernartiger Besetzung intonierte für die Aufnahmen die neue Behar-Musik. Sie begleitete Martha Eggerts, die den Wehrmann des neuen Walzers singt: Es war einmal ein Walzer, es war einmal ein Wien — und Lissi Nagler, die im Slow Fox-Rhythmus erzählt: Es gibt noch Märchen auf dieser Welt, ich suche eins, das mir gefällt. . . Nach Beendigung der Aufnahmen ist man nach Wien gefahren, um hier echte Wiener Donau-Atmosphäre einzufangen. Bei der Berliner Premiere gab es dann einen großen Erfolg. Die bisher beste Wiener Tonfilmoperette. . . so wurde der Film bezeichnet. Man komme in die hiesige Schauburg und überzeuge sich selbst davon.

#### Nebenerwerb und Warenhandel von Beamten

Von der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei wird mitgeteilt: Die Notlage der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes führt immer wieder zu Klagen gegen das Doppeldienstverbot und gegen den Warenhandel von Beamten. Der Reichsminister des Innern hat deshalb kürzlich verfügt, daß bei der Genehmigung von Nebenebeschäftigung der Beamten, Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienste der strengste Maßstab anzulegen und daß bei Verstößen gegen Verbot des Warenhandels schärfstens vorzugehen ist.

Warenhandel von Beamten, Angestellten und Arbeitern im sächsischen Staatsdienst und Sammeln von Warenbestellungen durch diese und in den Amtsräumen ist nach der Verordnung des Gesamtministeriums vom 28. August 1928 (Sächsches Gesetz Nr. 12) verboten. Die Vorschriften gelten auch für Lehrer, sind aber insbesondere hinsichtlich der gemeindlichen Schulen durch die Verordnung des Ministeriums für Volksbildung vom 23. August 1929 diesen nochmals nahegebracht worden. Die erwähnte Verordnung ist erst am 22. April 1932 allgemein in Erinnerung gebracht worden. Die kommissarische sächsische Regierung erwartet, daß diese Bestimmungen nach wie vor strengstens befolgt werden, und sie wird Verstöße dagegen im Dienststrafwege unmissverständlich ahnden.

Dresden. Greislin überfallen. Drei Burtschen traten einer 77jährigen Witwe in der Bernhardtstraße in den Weg. Einer von ihnen verlor die Handtasche zu entziehen. Die Ueberfallene hielt ihre Tasche jedoch so fest, daß der Hentel abriß. Auf die Hilfe der Frau ergriffen die Räuber unerkannt die Flucht.

Kirchberg. Brandstiftung. Im Anwesen des Gutbesizers Rodos in Obergrünig entstand Feuer, das in kurzer Zeit die Scheune und zwei Seitengebäude mit Ställen vernichtete. Sämtliche Heu- und Strohpforten sowie landwirtschaftlichen Maschinen fielen den Flammen zum Opfer. Die Entstehung des Feuers wird auf vorsätzliche Brandstiftung zurückgeführt.

Plauen. Hindenburg dankt. Dem Stadtrat ist von der Reichskanzlei ein Schreiben zugegangen, mit dem Reichspräsident von Hindenburg seinen Dank und seine Freude über die Verteilung des Ehrenbürgerrechts ausdrückt.

#### Eine Waffenverordnung

Der Reichskommissar für Sachsen erläßt eine Verordnung über Ablieferung von Waffen durch die Angehörigen der sozialistischen Parteien (Kommunisten und Sozialdemokraten) an die Polizeipräsidien, Polizeidirektionen, Amtshauptmannschaften und Stadträte, denen die Befugnisse der Verwaltungsbehörden voll übertragen sind.

#### Bereitete Attentatspläne

Wie bereits gemeldet, waren im Bezirk Annaberg 130 Kommunisten verhaftet worden, da bekannt geworden war, daß von kommunistischer Seite Attentate auf lebenswichtige Betriebe und Industrieanlagen geplant waren, und zwar sollten das Ferngaswerk, das Elektrizitätswerk und das Umspannwerk in die Luft gejagt werden. Die Aussagen mehrerer KPD-Führer bestätigten diese Attentatspläne, über die in einer geheimen Zusammenkunft in Schönfeld gesprochen worden war. Nach weiteren Aussagen seien dazu über zwei Zentner Dynamit, 350 Handgranaten und 250 Schusswaffen zusammengebracht worden. Ein großer Teil der Waffen stammt aus der Tschechoslowakei. Weitere Pläne bezogen sich auf die Vernichtung von SA- und SS-Transporten. Ein Aufruf der SA-Führung auf Ablieferung der Waffen hatte den Erfolg, daß fast in allen obererzgebirgischen Orten die KPD-Angehörigen die in ihrem Besitz befindlichen Waffen abliefereten.

Ähnliche Attentatspläne bestanden bei den Kommunisten in Bismarck; auch hier konnte durch die rechtzeitige Verhaftung der KPD-Führer größeres Unheil verhütet werden. Hier war u. a. die Verhaftung von Weiseln vorgesehen, die bei einem Scheitern des Aufstandes ums Leben gebracht werden sollten.

Der Bezirksleiter des Antifaschistischen Kampfbundes in Niederzöschitz, Lampert, wollte in die Tschechoslowakei fliehen. Der von ihm bestellte Kraftwagen war auch pünktlich an der verabredeten Stelle und Lampert stieg auch ein und wurde im gleichen Augenblick festgenommen, denn der Wagen war mit Volkspolizisten und SA-Leuten besetzt, da die Behörden von der beabsichtigten Flucht des KPD-Führers rechtzeitig Kenntnis erhalten hatten.

#### Wieder zwei Größen verschwunden

Bei der Aktiengesellschaft Sächsische Werke sind mit sofortiger Wirkung Direktor Albert und Stadtrat Barthel bis auf weiteres beurlaubt worden. Albert hatte bekanntlich während der Revolution 1918 als Soldat in der 1. und später als Leiter der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei eine gewisse Rolle gespielt. Barthel war als Mitglied der SPD ehrenamtlicher unbeförderter Stadtrat.

Der städtische Direktor Dr. Grün in Dresden ist festgenommen worden; auch Stadtrat Kirchhof wurde in Schußhaft genommen.

#### Der Königsbräuer Sprengstoffdiebstahl vor Gericht

In der Nacht zum 25. September 1931 waren aus einem Steinbruch der Königsbräuer Granitwerke und in einer Nacht im Dezember 1931 an derselben Stelle größere Mengen Sprengstoff gestohlen worden. Sehr hatten sich vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Baugen sechs Angeklagte aus Königsbräuk und Weihen, die kommunistischen Organisationen angehörten, zu verantworten. Die Sprengstoffe sollten offenbar bei einem gewalttätigen Umsturz Verwendung finden. Es war zwar gelungen, die Angeklagten als Täter zu ermitteln, doch konnte der Verbleib des größten Teiles des gestohlenen Sprengstoffes noch nicht in Erfahrung gebracht werden. Das Gericht verurteilte die Brüder Paul und Hugo Bergmann zu je sechs Jahren den Steinarbeiter Messerlinger zu vier Jahren, die Angeklagten Friedel, Raßkötter und Fritsch zu je zwei Jahren Zuchthaus und je fünf Jahren Ehrverlust.

#### Die braune Kritik.

Für diesen, wie auch für die folgenden unter dieser Bezeichnung erscheinenden Artikel lehnt der Verlag jede Verantwortung ab.

Was wird mit den Parteibuchbeamten? Nach Errichtung des nationalen Staates unter nationalsozialistischer Führung dürfte nun auch der Programmpunkt in unmittelbarer Nähe gerückt sein, der lautet: Beseitigung aller Parteibuchbeamten. Wenn nun im Interesse der ungehinderten Abwicklung der Geschäfte in Staat und Gemeinde es nicht gut möglich ist, sofort alle die zahlreichen Nutznießer eines bankrotten Systems auf die Straße zu setzen, so wird der Nationalsozialismus aber gerade hier mit peinlicher Strenge auf die Durchführung dieses Punktes wachen. Und das mit Recht. Es ist nicht richtig wenn irgend ein Angehöriger eines Berufes in den Büros des Staates oder der Gemeinde ohne jede Vorbildung nur auf Grund der Mehrheit seiner Klasse beschäftigt wird und dadurch ein Berufsbeamter hienlos ist. Diese Leute können und müßten sofort den Laufpaß erhalten. Es gibt aber auch eine zweite Kategorie Parteibuchbeamten und zwar die, welche eine Berufsausbildung nachweisen können. Müßte nun hier der Punkt des NSDAP-Programms ebenfalls zur Anwendung kommen? Jawohl, wenn ihnen nicht ihre überragenden beruflichen Leistungen, sondern ihre Mitgliedschaft bei der die Macht besitzenden Klasse ihnen diese einträgliche Stellung sicherte. Und hier ist es nun mehr recht als billig, das diese Leute, bei einem Kurswechsel wie er jetzt durch die nationale Revolution eingetreten ist, bedingungslos den Weg gehen müssen, den die qualifizierte Berufsbeamtenschaft schon seit Jahren gehen mußte, nämlich zum Stempelamt. Wie es nicht geht, daß die Befugung eines sinkenden Schiffes im letzten Moment den Namen des Schiffes ändert und nun die Fahrt weiter fortsetzen kann, genau so unmöglich ist es, das nun ein Parteibuchhalter einer verflochtenen Periode einfach die Farbe wechselt wie es vielleicht 1918 leicht möglich gewesen ist. Nein, das geht 1933 nicht. Diese Leute, die die ganzen Jahre wohl ihr Gehalt bezogen und nie danach fragten, woher der Staat oder die Gemeinde das Geld dazu hernehmen sollte und die nie daran dachten mit Hand anzulegen an die Wiedergesundung des Deutschen Reiches, sondern mehr oder weniger dem erwachenden deutschen Volke Schwierigkeiten in den Weg legten und mit beizutragen, daß der Staat vor die Hunde gehen sollte, können keinesfalls weiterhin im Besitz ihres Amtes, welches sie auf Grund des Parteibuches, und nicht ihrer Leistungen, erhalten hatten, bleiben. Das wäre, wenn wir Nationalsozialisten das dulden würden, ein Verrat an unseren Brüdern, die mit uns gekämpft haben für Reinheit und Sauberkeit in der Verwaltung aller Behörden. Oder glaubt man vielleicht, wie es hier ein höherer Beamter unserer Gemeinde tun wollte, daß er, wenn er jetzt die Volkszeitung abbestelle, genug getan habe. Nein, meine Herren, das ist vergebliches Bemühen. Lesen sie ruhig die nichterscheinende Volkszeitung weiter, sie können ja selbst unter SA-Führung persönlich dort Erkundigungen einziehen wenn sie wieder in den Besitz ihres Leib- und Magenblattes kommen, und sehen sie sich lieber nach einer neuen Stelle um. Wir Nationalsozialisten können keine Leute zum Aufbau eines zugrunde gerichteten Staates gebrauchen, denen das Gehalt die Hauptsache, das Parteibuch das Mittel zum Zweck und die Arbeit nur eine üble Begleiterscheinung war. Wir wollen und haben Leute, die als ehrliche Kämpfer unserer Bewegung ihre ganze Kraft einsetzen um in kürzester Frist eine Wiedergesundung des Deutschen Staates in allen seinen Zweigen zu ermöglichen und denen werden wir dann auch für ihre selbstlose Arbeit eine auskömmliche Bezahlung gewährleisten.

ergo.